

Bocholter-Borkener

Volksblatt

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt. Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Ämtern des Kreises Borken. Organ der Zentrumspartei. Rhedener Volkszeitung. Geschäftsstelle: Bocholt, Nobelstr. 8. Fernsprecher 92 und 97. Verlagssort: Münster (Westf.) 2. Anholt-Iselburger Zeitung.

Nr. 169

Montag, den 22. Juni

1925

Die Handelsvertragsverhandlungen mit Polen.

Trotz der ablehnenden Haltung Polens ein neues deutsches Angebot.

W. Berlin, 21. Juni. (Tel.) Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, hat die deutsche Regierung, als Polen sich aus Gründen seiner gegenwärtigen Wirtschaftslage für außerstande erklärte, einen Handelsvertrag mit Deutschland zu schließen, den Vorschlag gemacht, ein provisorisches Abkommen auf der Grundlage gegenseitiger zolltariflicher Meistbegünstigung zu schließen und dabei ein Kohleneinfuhrkontingent für ostoberschlesische Kohle in Höhe von 60 000 Tonnen monatlich zu gewähren unter der Voraussetzung, daß während der Dauer des Vertragszustandes die Liquidation deutschen Eigentums in Polen nicht erfolge. Einen Gegenvorschlag hat die deutsche Regierung hierauf nicht erhalten. Sie hat aber dessen ungeachtet, um die Verhandlungen zu beschleunigen und zu erleichtern, gestern der polnischen Delegation den Entwurf eines detaillierten Abkommens zugehen lassen. Die Vorschläge der deutschen Regierung bewegen sich in folgender Richtung:

Beide Länder gewähren sich für ihre Ein- und Ausfuhr in zolltariflicher Hinsicht die Meistbegünstigung. Um einen freien Handelsverkehr zu gewährleisten, sichern beide Teile sich ferner zu, den gegenseitigen Verkehr in Zukunft durch keinerlei Ein- und Ausfuhrverbote zu hemmen. Beide Teile erklären sich auch bereit, die zurzeit etwa noch bestehenden Ein- und Ausfuhrverbote binnen einer kurzen Frist aufzuheben. Soweit die augenblicklichen wirtschaftlichen Verhältnisse in letzterer Beziehung noch gewisse Ausnahmen für die deutsche Regierung notwendig machen, werden diese sich in ganz geringem Umfange halten. Die deutsche Regierung erklärt sich dabei bereit, Polen für diese Waren Einfuhrkontingente zuzusichern. Da ferner ein Handelsverkehr sich nicht lediglich auf schriftlichem Wege vollziehen kann, wird in Aussicht genommen, eine Regelung der Behandlung der beiderseitigen Handelsreisenden und ihrer Muster in das Abkommen mit einzubeziehen.

Unter die erwähnten Ausnahmen von der völligen Einfuhrfreiheit, zu der Deutschland grundsätzlich übergehen will, gehört bekanntlich die Kohle. Trotzdem ein Entgegenkommen auf diesem Gebiete angesichts der bekannten schwierigen Kohlenlage für Deutschland ein empfindliches Opfer bedeutet, hat die Deutsche Regierung, um jedenfalls ihrerseits alles Mögliche zu tun und den Abschluß eines provisorischen Abkommens zu ermöglichen, sich bereitfinden lassen, ihr ursprüngliches Angebot bis auf 100 000 Tonnen Kohle im Monat als äußerstes Kontingent zu erhöhen, allerdings in der Erwartung, daß sich in der Liquidationsfrage für die Dauer des Provisoriums eine den deutschen Interessen Rechnung tragende Regelung finden läßt.

Polen wird anerkennen müssen, daß Deutschland seinerseits auf diese Weise alles getan hat, was in seinen Kräften stand, um die beiderseitige Wirtschaft vor einem Handelskrieg zu bewahren.

Die gestrigen Nachrichten aus Warschau lauteten überraschenderweise dahin, daß die polnische Regierung die Veröffentlichung einer Verordnung beschloffen habe, welche anscheinend Einfuhrverbote für zahlreiche deutsche Waren enthalten soll. Es erscheint kaum glaublich, daß diese Nachricht zutrifft, da die beiderseitigen Delegationen sich ja mitten in Verhandlungen über das Provisorium befinden und irgend eine Erklärung oder eine Aussprache über Einzelheiten noch gar nicht stattgefunden hat. Sollte aber diese Nachricht wider Erwarten begründet sein, so würde dadurch eine völlig neue Lage geschaffen sein, die die deutsche Regierung vor schwerwiegende Entschlüsse stellen würde.

Polen setzt die Verhandlungen fort.

W. Berlin, 21. Juni. Das „B. T.“ meldet aus Warschau: Der Ministerrat hat sich gegen den Zollkrieg entschieden. In der gestrigen Sitzung des politischen Komitees erklärte sich die Regierung auf Antrag des Hauptdelegierten Prondzynski für Fortführung der deutsch-polnischen Verhandlungen bis zum Zustandekommen eines Provisoriums auf rein wirtschaftlicher Grundlage.

Frankfurt, 21. Juni. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Warschau: Die polnische Regierung hat angesichts der katastrophalen Wirtschaftslage in Oberschlesien den dortigen Gemeindevorständen eine sofortige Anleihe von zehn Millionen Zloty bewilligt, die durch den Wojewoden von Katowitz an die einzelnen Gemeinden verteilt werden sollen. Die Gelder

werden vor allem für die Durchführung eines größeren Notstandsbauplanes verwandt, der zunächst umfangreiche Kanalarbeitsarbeiten und Straßenbauten vorsieht.

Nach ein Grund für eine polnische Beschwerde.

Vor kurzem hatten Danziger Pilger, vereint mit den Pilgern aus dem Münsterland, eine Audienz beim Heiligen Vater. Dieser Umstand, sowie die Betreuung durch das deutsche Pilgerkomitee hat dem polnischen Volkskammer beim Heiligen Stuhl Veranlassung zu einer Beschwerde beim Heiligen Stuhl gegeben. Polen betrachtet Danzig bereits ganz als sein Eigentum.

Reichstagsvertagung Anfang Juli?

W. Berlin, 21. Juni. (Drahtb. unseres Berliner Vertreters.) Zu dem in Reichstagskreisen umlaufenden Gerüchte, daß die Regierungsparteien die Absicht hätten, die Reichstagsberatungen zunächst nur bis Anfang Juli fortzuführen — wobei bis dahin namentlich das Aufwühlungsgebot erledigt und dann eine Pause bis Mitte oder Ende August eintreten soll — erfordern wir aus Regierungskreisen, daß man es für unbedingt notwendig erachtet, daß die Steuerfrage und der Reichstag verabschiedet werden, und daß der Reichstag bis zur Erledigung aller dieser Vorlagen zusammenbleibt. Dann erst soll eine Pause von vielleicht mehreren Monaten eintreten. Ob jedoch der Reichstag diesem Wunsch der Regierung entsprechen wird, hängt von den zwischen den auf beiden Seiten bisher unterbrochen geführten Verhandlungen ab. Von der Entscheidung dieser geschäftsordnungsmäßigen Fragen können möglicherweise große politische Entscheidungen abhängig sein.

England in Transjordanien.

König Hussein vertrieben.

W. Berlin, 21. Juni. Wie die „Vossische Zeitung“ erfährt, haben die Engländer den König Hussein aus Jerusalem vertrieben.

Die „Vossische Zeitung“ erfährt dazu von ihrem Berichtserfasser noch: Ich habe Hussein in Akaba besucht und von ihm über seine Ausweisung durch die Engländer folgende Einzelheiten erfahren: Am 28. Mai wurde ihm durch ein britisches Kriegsschiff eine ultimative Note des Ministers des Äußern, Chamberlain, überreicht, worin er aufgefordert wurde, Akaba und Mann an Transjordanien abzutreten und die Stadt Akaba binnen drei Wochen zu verlassen. Als „Grund“ wurde angegeben, daß die Gefahr eines Angriffs des Wahabiten-Sultans Ibn Saud bestünde, denn Hussein habe aus Akaba seinem Sohne Ali Truppen zum Kampfe gegen die Wahabiten geschickt, die England in der Note als seine Verbündete bezeichnet. Hussein sagte mir dazu, es sei schamlos von England, ihn aus seinem eigenen Lande in die Verbannung zu treiben, ohne der großen Dienste zu gedenken, die er der englischen Sache während des Weltkrieges geleistet habe. Dies geschähe nur, weil Hussein nicht auf die Erfüllung der englischen Versprechungen verzichteten wollte, die 1915 nicht zu seinen Gunsten, sondern für das arabische Volk gemacht wurden, ferner, weil er nicht den Vertrag mit England unterschrieben habe, der die Freiheit und Unabhängigkeit Syriens und Palästinas bedrohte.

Die Engländer haben am 18. Juni die Mandatsgewalt, die sie bisher über Transjordanien ausübten, auch auf Maan und Akaba ausgedehnt. In der Bevölkerung herrscht eine ausgesprochen englandfeindliche Stimmung, und die Scheichs haben geschworen, jeden Engländer zu töten, der Maan betreten sollte. Wie ernst es damit ist, konnte ich selbst bemerken, da ich beim Eintritt nach Maan zuerst für einen Engländer gehalten wurde. Daraufhin versuchte die Bevölkerung, meinen Kraftwagen anzuzünden und beschädigte ihn schwer, ehe ich meine Herkunft klarzumachen vermochte. Hussein ist am Donnerstag nachmittag unter Begleitung eines britischen Kreuzers von Akaba abgereist, angeblich nach Bassora. Sein Sohn Ali verfiel in Dschedda zum Kampfe gegen Ibn Saud nur mehr über 2300 Soldaten, wovon 1900 Ausländer sind. Seine beiden Flugzeuge sind zerstört worden, so daß er an eine ernste Gegenwehr überhaupt nicht mehr denken kann. Ibn Saud kann jederzeit den wichtigen Hafen von Dschedda erobern. Der dortige englische Konsul hat es bezeichnenderweise abgelehnt, dem König Ali überhaupt noch sein Beglaubigungsschreiben zu überreichen. Auf diese Weise hat England dem Kampf zwischen Hussein und Ibn Saud um die Vorherrschaft in Arabien kurzerhand zugunsten des Letzteren ein Ende gemacht.

Gedanken zur Frage der Agrarzölle.

Von

Dr. Gerh. Richter.

Unsere politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse haben infolge der weltgeschichtlichen Ereignisse des letzten Jahrzehntes zum Teil eine grundlegende Umwälzung erfahren. Der Rückgang unserer Volkswirtschaft, ja durch die gesamte Weltwirtschaft, ging so tief, daß es vielleicht noch jahrzehntelanger Anstrengungen unter Leitung der fähigsten Köpfe bedarf, um das Gleichgewicht der ins Wanken geratenen Pfeiler von Politik und Wirtschaft wiederherzustellen. Das auch unsere künftige Handelspolitik dem Rechnung tragen muß, ist selbstverständlich. Andererseits aber haben die Experimente der letzten Jahre gezeigt, wie sehr wir uns vor überstürzten Neuerungen hüten müssen, wollen wir nicht das ganze Gebäude zum Einsturz bringen. Nur ein Wiederaufbau — und Entwicklungsprogramm nach großen Linien kann unserem Volk die Zukunft erschließen. Bis die Voraussetzungen dafür gegeben, heißt es, vorsichtig den Weg abtasten unter Anlehnung an das Bestehende und unter zeitgemäßer Weiterentwicklung des historischen Gewordenen.

Die große Frage: „Zollschutz oder Freihandel“ ist nicht neueren Datums. Soweit die Agrarfrage hierbei eine Rolle spielt, führt uns die Geschichte des Freihandels zwei ebenso markante wie warnende Beispiele vor Augen.

Das mächtige Rom war in seiner alten großen Zeit ein ausgesprochenes Agrarland. Von der Stille des Landlebens her wurden die Staatsmänner herufen; zum Plübe lehrte der Feldherr nach beendeten Kriegen zurück. Es ist eine bekannte Tatsache, daß Marius nach Beendigung des Krieges gegen die Cimbern und Teutonen in großmütiger Weise seinen Veteranen ländliche Siedlungen zur Verfügung stellte, um sie so mit Grund und Boden zu verknüpfen und ihnen Ruhe und ein gesichertes Dasein zu verschaffen. Für das spätere Rom wurde die Loslösung von der Scholle geradezu zum Verhängnis. Als Beherrscher der Welt, reich und üppig geworden, führte die Römische Republik ohne Zollschutz große Mengen Getreide aus den eroberten Provinzen, hauptsächlich aus Kleinasien und Afrika, ein. Die Bauern von Latium und Etrurien konnten dem Druck der Konkurrenz auf die Dauer nicht widerstehen. Sie verkauften ihre Landgüter an die reich gewordenen römischen Großen, die sie zu Latifundien zusammenschweißten und ihre Schaffherden darauf weiden ließen. Mit dem Getreidebau aber war es in Italien vorbei. Die Bauern von Latium und Etrurien aber zogen, ähnlich wie wir es in den letzten Jahrzehnten in Europa erlebt haben und neuerdings auch in Amerika beobachten können, scharenweise zur Stadt und vermehrten die Reihen des städtischen Proletariats. Mit der Preisgabe seiner Landwirtschaft hatte auch das Weltreich Rom den Boden unter den Füßen verloren und es war für die anfallenden jungen Naturvölker Germaniens ein leichtes, das morsch gewordene Reich zu zertrümmern.

Ein ähnliches Bild — wenn auch nicht von so katastrophaler Bedeutung — bietet das neue Weltreich England. Als es in der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts mit mächtigem Rud sich der zunehmenden Industrialisierung in die Arme warf, wurde die englische Landwirtschaft durch Aufhebung der Kornzölle der Industrie geopfert und ging mit schnellsten Schritten ihrem Untergange entgegen. Umsonst betonte Disraeli, einer der Führer im Kampf um die Kornzölle in England damals, daß nicht nur die wirtschaftliche, sondern auch die ideale und soziale Seite des Problems zu berücksichtigen sei, und der Verlauf der Geschichte hat ihm durchaus Recht gegeben. Ähnlich wie im alten Rom, wurden die zusammengeschmolzenen Bauerngüter in England zu Landgütern und Jagdgründen für Adlige und Industriemagnaten umgewandelt, eine Herabwürdigung Tausender ehemals freier Bauern in den geknechteten vierten Stand und eine Massenverelendung war die Folge. Kein anderer als Karl Marx, der Vater des Sozialismus, schloß sich auf Grund genauer Studien dieser Verhältnisse veranlaßt, in einer Rede, die er am 9. 1. 1849 in Brüssel hielt, mit scharfen Worten gegen den Freihandel zu Felde zu ziehen.

Wie gefährlich im übrigen rein wirtschaftlich betrachtet, das Experiment selbst für das mächtige England war, haben die Zeiten des Weltkrieges deutlich gezeigt, wenn unsere U-Boote zeitweilig die Ernährung Englands recht schwierig gestalteten. England wird nicht verstehen, aus den Erfahrungen des Weltkrieges seine Lehren zu ziehen, wenn auch seiner Entwicklung durch die natürliche Lage und Bodenbeschaffenheit in Verbindung mit der politischen Stellung des Inselreiches andere Bahnen gewiesen sind, als unserem deutschen Volke.

Als Deutschland nach dem Kriege von 1870 in zunehmendem Maße auf die Bahn steigender Industrialisierung gedrängt wurde, konnte es nicht ausbleiben, daß sich auch hier das Problem „Agrar- oder Industriestaat“ mehr und mehr zuspitzte. Einstimmige Führer im politischen und Wirtschaftsleben wiesen damals mit Recht auf die große Gefahr hin, die für unsere Zukunft in der nicht gerechtfertigten Bevorzugung der Industrie liege. Heute geht wohl die allgemeine Ansicht der maßgebenden Kreise dahin, daß Deutschland unter Ver-

meidung jeder Einseitigkeit sich gleichmäßig auf seine beiden natürlichen Grundpfeiler, Industrie und Landwirtschaft, stützen müsse.

Im Ziele herrscht Einigkeit, in der Wahl der Mittel gehen die Ansichten auseinander. Das zeigt zur Genüge der Kampf um die neue Zollvorlage, der auf der ganzen Linie entbrannt ist. Wenn sich der Sturm der Opposition aus den verschiedensten Motiven heraus fast einzig und allein auf die Agrarzölle konzentriert, so sollten wir doch immer bedenken, daß hier weit mehr auf dem Spiele steht, als eine kleinliche Auseinandersetzung um ein wohlwollendes Entgegenkommen einem einzelnen Erwerbszweig oder um eine angebliche Brotverwertung der breiten Masse gegenüber. Der Sinn des Kampfes liegt tiefer; es geht um's Ganze, um die Grundlagen unserer gesamten Volkswirtschaft und die Sicherung unserer Volksernährung. Da wir keine Kolonien haben, die uns mit Brot versorgen können, steht auch die Arbeiterschaft heute vor der wichtigen Frage, ob sie gewillt ist, vorübergehend das Opfer, dessen Höhe sich schlimmstenfalls auf wenige Pfennige in der Woche beschränkt, auf sich zu nehmen und damit die Ernährung unseres Volkes für die Zukunft sicherzustellen, oder ob sie aus egoistischen parteipolitischen Gründen heraus ihren Zusammenhang mit der Volksgemeinschaft verleugnen und sich auf die Dauer von der Gnade des Auslandes und von der internationalen Spekulation abhängig machen will.

Die Aufwertung der Markanleihen.

★ Berlin, 21. Juni. Im Aufwertungsausschuß des Reichstages beantragte gestern Abgeordneter Freiherr von Rittschhausen (Dem.) im ersten Teil des Gesetzentwurfes über die Aufwertung öffentlicher Anleihen einen Abschnitt einzufügen, der die Aufwertung der Markanleihen des Reiches durch Entziehung in das Schuldbuch des Reiches regeln soll. Der Kern dieses Antrages ist: Die Anleiheinhaber sollen das Wahlrecht haben, an Stelle der Ablösung nach dem Regierungsentwurf eine Aufwertung ihrer Anleihen auf 25 Prozent des Nennbetrages zu verlangen. Die aufgewerteten Anleiheanprüche sind in das Schuldbuch einzutragen und sind unveräußerlich. Sie sind mit 2½ Prozent jährlich zu verzinsen und mit 1 Prozent jährlich zu tilgen. Bei günstiger Finanzlage des Reiches kann der Zinssatz heraufgesetzt werden. Reichsfinanzminister von Schlieffen führte zu dem Rittschhausens Antrag aus: Bei diesem Vorschlag würde die Kapitalschuld des Reiches aus der Ablösung der Markanleihen statt einer Milliarde nach dem Gesetzentwurf fünf Milliarden betragen. Hinzu kämen 2½ Milliarden Ablosungsschuld aus Neubleihe. Die jährliche Belastung aus dem Rittschhausens Vorschlag stiege sich auf 175 Millionen ausschließlich der Vorzugsrente, während die Belastung nach dem Regierungsentwurf auf Verzinsung und Tilgung 100 Millionen mit abfallendem Betrage aus der Belastung nach dem Kompromiß gleichbleibend 118 Millionen (alles ohne Vorzugsrente) beträgt. Rechnet man zu den 175 Millionen noch 64 Millionen Vorzugsrente, die Rittschhausen in der Form des Kompromißvorschlages neben seiner Aufwertungsregelung einführen will, so ergebe sich eine jährliche Belastung von 239 Millionen Mark. Der Antrag sei schon wegen seiner finanziellen Belastung untragbar.

In der Abstimmung wurde der Antrag des Frh. von Rittschhausen (Dem.) abgelehnt. Dagegen stimmten die Deutschnationalen, die Bayerische Volkspartei, ein Teil der Deutschen Volkspartei und ein Teil des Zentrums. Der Stimmentritt der Deutschnationalen, die Bayerische Volkspartei, ein Teil der Deutschen Volkspartei und ein Teil des Zentrums und die Kommunisten. Der Ausschuss nahm dann den Paragraphen 1 der Regierungsvorlage in der Fassung der Regierungsvorlage an. Er lautet also: Die Markanleihen des Reiches werden, soweit dieses Gesetz nicht ein anderes bestimmt, in die „Anleiheablosungsschuld des Deutschen Reiches“ umgetauscht. Ansprüche aus Markanleihen des Reiches bestehen nur nach Maßgabe dieses Gesetzes. Hierauf vertagte sich der Ausschuss auf Dienstag.

Die Tausendjahrfeier in Koblenz.

★ Koblenz, 21. Juni. Gestern mittag gab die Stadt Koblenz ihren Gästen ein Festessen. Dabei ergriff Oberbürgermeister Dr. Ruffell das Wort und betonte einleitend, daß die Bürger von Rhein und Mosel vor Vaterlandsliebe und Heimatstreu glühten. Heute, am Ehrenfest des Vaterlandes und des Rheinlandes, gelte der erste Gruß dem deutschen Reichspräsidenten von Hindenburg, dem früheren lieben Mitbürger und jetzigen hochverehrten Ehrenbürger. Redner sprach dann von den schweren Zeiten, die das Rheinland durchleben müsse und erwähnte, daß die Zeitungen in Verbindung mit dem Namen Koblenz Kunde gegeben hätten von mancher das Rheinland schwer treffenden Bedrückung. Sie hätten aber auch Nachricht gegeben von deutscher Treue am deutschen Eid. Selbst heute sei das Engelsbild der Freiheit den Rheinländern noch nicht erschienen, aber Mann für Mann erwarteten die Rheinländer ihr Recht auf Befreiung von den Fesseln der Besetzung zum vertragsmäßigen Termin. Der Oberbürgermeister ließ die Rede in die Wohnung ausklingen, die Deutschen sollten einig und treu ihren Weg gehen. Die Stadt Koblenz gelobe auch weiterhin Treue ihrem Vaterland und dem Rhein.

Reichsjustizminister und Minister für die besetzten Gebiete, Dr. Frenken, betonte ebenfalls den Segen der Einigkeit, deren Sinnbild Koblenz sei, die Stadt am Zusammenfluß von Mosel und Rhein. Der Redner schloß mit einem Hoch auf: „Rhein und Reich, vereinigt auf ewig.“

Nachmittags fand in der neuen Festhalle eine Kundgebung statt, bei der Oberbürgermeister Dr. Ruffell die Gäste begrüßte. Mit besonderer Befriedigung stellte er die Teilnahme des Königs der Vereinigten Staaten, Quarton, an der Feier fest. Nicht gehe es den Rheinländern um lärmende Kundgebungen, so führte Dr. Ruffell aus, es gelte vielmehr, die Einheit von Rhein und Deutschland festlich zu bekräftigen.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns wies darauf hin, daß die Festesfreude bei der Jahrausendfeier den Rheinländern aus tiefstem Herzen käme. Dr. Brauns sprach ferner vom Rhein, der Nord und Süd verbinde und so ein gutes Stück deutscher Einheit verkörperliche. Mit der Hoffnung, daß nach allen Leiden der letzten Zeit ein neues besseres Deutschland heranwache, und mit der Zitierung des Urdeutschen Wortes: „Der Rhein Deutschlands Strom, niemals Deutschlands Grenze“, schloß Dr. Brauns seine mit stürmlichem Beifall begrüßten Ausführungen.

★ Godesberg, 21. Juni. (Tel.) Die Abfahrt der Ehrengäste von Koblenz nach Köln, die gestern gegen Abend auf einem Sonderdampfer erfolgte, gestaltete sich zu einer erhebenden Rundgebung der Bevölkerung. Tausende von Menschen hatten die Ufer und die Rheinanlagen bis zum Deutschen Eck besetzt, und überall drängten sich die Menschen, um dem abfahrenden Schiff ein letztes Lebewohl zuzuwinken. Schwärme begleiteten das Schiff, das gleichzeitig von zahlreichen Booten und Dampfern umschwärmt war, bis weit hinter Koblenz. Ein großer Teil der Ehrengäste verließ den Dampfer in Godesberg, um der gestern abend stattfindenden Eröffnungsfeier der Heimatpriele, welche die rheinischen und die deutschen Verbände gemeinsam zum Gedenken an die tausendjährige Schicksalsgemeinschaft mit dem Rheinland bis

Die Bedeutung des Polarfluges Amundsen.

Abbruch der Hundeschlitten-Periode.

In Oslo ist man sich nach einem Bericht der „Tidsskrift“ allgemein darüber einig, daß die Nichterreichung des Poles den Wert von Amundsen's Fahrt nicht herabsenke, sondern daß seine Reise eine Umwälzung in der Geschichte der arktischen Forschung bedeute, indem sie die Hundeschlitten-Periode abgeschlossen hat. Knut Rasmussen spricht sich besonders in diesem Sinne aus. Er meint, daß es wissenschaftlich gesehen ganz untergeordnet sei, ob Amundsen am Pol oder im 88. Breitengrad gewesen ist. Amundsen selbst scheint nicht gerade in zufriedener Stimmung zu sein; er ist über die zahlreichen Versuche, ihm zu Hilfe zu kommen und ihn zu „retten“ nicht erbaud, da er ja sein Programm in Bezug auf die Zeit genau eingehalten hat. Die Mitteilung, daß er kein Land gesehen hat, wird wohl niemand überraschen, da in den von ihm überflogenen Gebieten auch nie Land vermutet worden ist. Zwar hat er im ganzen 160 000 Quadratmeter unerforschtes Gebiet überflogen und auf seinem Rückflug seine Route möglichst weit nach Westen verlegt, um recht weite Strecken bis dahin unbekannten Gebietes überfliegen zu können. Jedoch liegen die eigentlichen umstrittenen Länder des Harris-Landes, das Prof. Harris auf Grund seiner Fluimessungsversuche vermutete, und das Crocker-Land, das Peary gesehen haben will und das von Mac Millan vergeblich gesucht worden ist, sowie das Radley-Land, von dem Cook spricht und dessen Existenz bisher nicht widerlegt ist, alle östlich des 70. Breitengrades, so daß eigentlich nicht recht verständlich ist, was Amundsen wirklich davon zu finden erwartete. Deshalb hatten auch viele Fachleute heimlich gehofft, daß er als der Mann der

zum 28. Juni durchzuführen, beizuwohnen. Die Mitglieder der Reichsregierung und der preußischen Staatsregierung fuhrten auf dem Dampfer bis Köln, von wo sie nach Berlin zurückkehrten.

Unserfährliche in München.

★ München, 21. Juni. (Tel.) Die Universität München beging gestern ihr Stiftungsfest und die Feier der tausendjährigen Zugehörigkeit der Rheinlande zu Deutschland. Der Feier wohnte u. a. der Ministerpräsident Heß bei. Nach einer Begrüßungsansprache des Rectors, Prof. Dr. Wenger, hielt Prof. Dr. Oden die Festrede, in der er in längeren Ausführungen die geschichtliche und politische Entwicklung der Rheinlande darlegte. Wir Deutsche, so schloß Prof. Dr. Oden, dürfen die staatliche Ordnung am Rhein überhaupt nicht zur Diskussion stellen, denn jede auch noch so harmlos sich gebende Art von rheinischer Autonomie würde den Franzosen nur als Sprungbrett für weiterreichende Pläne gelten. Die Rede wurde mit großem Beifall aufgenommen.

Abbau der nichtfaszistischen Beamten.

Ein Beschluß der italienischen Kammer.

★ Rom, 21. Juni. Die italienische Kammer hat das Gesetz über die Verabschiedung nichtfaszistischer Staatsbeamter mit 274 gegen 47 Stimmen angenommen. Das Gesetz, das auch die richtigen Beamten trifft und daher von der in der Kammer verbliebenen mächtigen Opposition in der Debatte stark kritisiert wurde, bezweckt die Ausschaltung aller nicht faszistisch eingestellten Elemente aus dem Beamtenkörper des Staates. Es geht, wie Mussolini in seiner Begründungsrede meinte, von der Tatsache aus, daß der Faschismus nicht eine Partei, sondern eine ganz neue Staatsdoktrin, und zwar die einzig autorisierte Staatsdoktrin sei. Es folgt also ganz offen dem vorausgegangenen Beispiel der Mosauer Regierung.

Faschistische Gewalttätigkeiten gegen katholische Studenten in Pisa.

★ Pisa, 21. Juni. Der Offiziäre Romano berichtet aus Pisa, daß nach einer Sitzung des katholischen Studentenverbandes mit Stöcken und Revolvern bewaffnete Faschisten die katholischen Studenten verprügeln und dem Sekretär des Verbandes die Augenmappe wegnehmen.

Der Offiziäre Romano weist auf die Papstreue hin, in welcher der Papst gegenüber Pilgern aus Perugia die Gewalttätigkeiten beklagt, unter welchen die seinem Herzen sehr nahe stehenden Institute und Einrichtungen zu leiden haben. Solche Gewalttätigkeiten, erklärte er, würden längst nicht mehr vorkommen, wenn sie pflichtgemäß verhindert und bestraft worden wären. Sie seien zu so beauerlicher im gegenwärtigen Augenblick, wo die Aufmerksamkeit der Welt auf Rom und Italien gerichtet sei und wo Pilger aus allen Ländern Rom und Italien besuchen.

Weinauktion in Bingen.

In diesen Tagen wurden in Bingen die 1920er und 1921er Weine aus allen Lagen der staatlichen Weinbaudomänen an Saar, Mosel und Rhein versteigert. Die Weinfauleute aus ganz Deutschland waren zu diesem Ereignis eingetroffen. Das für die Flasche Rheingauer 1920er bis 63,20 Mark angelegt wurden, ist eine bemerkenswerte Tatsache, die beweist, daß erste Qualitätsweine noch immer ihre Bewerber und Beirichter finden. Es handelte sich um Mosel- und Saarweine, die 3,40 bis 5,10 Mark für die Flasche 1920er Offener und Serriger, 2,20 bis 7,00 Mark für die Flasche 1921er Offener und Serriger, 2,10 bis 6,00 Mark für die Flasche 1921er Serriger und 2,50 bis 12,90 Mark für die Flasche 1921er Offener brachten. Gesamtergebnis 175 565 Mark. Dann kamen die Rheingauer, die sich auf 3,00 bis 14,80 Mark für die Flasche 1920er Hattenheimer, Rüdesheimer, Hochheimer und Steinberger Rabinett, 3,10 bis 28,90 für die Flasche 1921er Hochheimer, Rüdesheimer, Hattenheimer, Rautenthaler, Markobrunner und Steinberger Rabinett und 63,20 Mark für die Flasche 1920er Rautenthaler Balken Trockenberener Muscote stellten, während die Flasche 1920er Hermannshäuser Hölleberg (Rotwein) 2,10 bis 5,00 Mark die Flasche kostete. Gesamtergebnis rund 250 000 Mark. In den beiden Tagen wurden 72 320 Flaschen verkauft, die insgesamt rund 425 000 Mark brachten.

Vom Nachwächter zum Millionär.

Die Folgen eines Zeitungsinsertes.

Ein geradezu märchenhaftes Glück ist dem Nachwächter von Leicester wiederfahren. Der Mann, wohnhaft im dunkelsten Viertel der Stadt, Abends für Abend gedacht, daß er einmal seine Stütze mit einer Wille im besten Viertel der Stadt verkaufen werde. Aber das kam, wie das „Berl. Tageblatt“ berichtet, so: Eines Morgens sah er, müde von der anstrengenden Arbeit auf einer Bank von Leicester und vertieft in eine liegengelassene Londoner Zeitung. Bei ihrem Studium entdeckte er ein Inserat, durch das Erben eines in Australien verstorbenen Engländers namens Saddington gesucht wurden. Der Nachwächter erinnerte sich buntel, daß einmal ein Onkel von ihm als Arbeiter nach

Australien, der er ist, die Welt mit einer Ueberfliegung der Gebiete in Richtung auf Alaska in Erwägung setzen wird.

Obwohl alle Teilnehmer der Expedition völlig gesund zurückgekehrt sind, haben sie doch in dem 24tägigen Kampf in Eis große Leiden erdulden müssen die durch dauernde Lebensgefahr und die Möglichkeit, vom Rückweg abgeschnitten zu werden, erhöht wurde. Amundsen bezeichnet die Reise und den Gegenwind als seine Hauptiride, da sie ihn zu Orientierungszwecken zum Landen zwingen. Ersttauch ist der hohe Benzindverbrauch, der dann ja auch verhängnisvoll wurde. Ob Amundsen sich entschließen wird, den Vorstoß zu wiederholen, weiß natürlich niemand, seine Freunde halten es jedoch für sehr unwahrscheinlich, obwohl in diesem Augenblick zu einem solchen Zwecke jede Summe zu beschaffen wäre. Die Expedition wird in zwei bis drei Wochen in Oslo erwartet, wo große Ehrungen und Festlichkeiten geplant sind.

Besondere Beachtung verdient ein Telegramm Dr. Cdeners an Amundsen: „Aufrichtige Glückwünsche zu dem erfolgreichen ersten Versuch, die Arktis mit Luftfahrzeug zu erforschen. Ich hoffe im Sinne unserer Besprechung in New-York auf eine Zusammenarbeit bei weiteren Unternehmungen ähnlicher Art.“

Die Nordpolexpedition des Amerikaners Mac Millan.

★ Southport (Maine), 21. Juni. (Tel.) Bei dem Ab-schiedsbaner zu Ehren des Nordpolforschers Mac Millan ernannte der Gouverneur des Staates Maine den Forscher, alle Landentdeckungen für den Staat Maine in Besitz zu nehmen. Die Flagge des Staates könne auf allen neu aufgefundenen Gebieten gehißt werden und es bleibe der Bundesregierung überlassen, ob sie die Rechte des Staates anerkennen und schützen wolle.

Australien ausgewandert war. Er meldete den Vorgang seinem Vorgesetzten, der die Angelegenheit weiter verfolgte. Bald stellte es sich auch tatsächlich heraus, daß der arme Nachwächter der alleinige Erbe des Vermögens des Verstorbenen war, das sich auf über 50 000 Pfund belief. Der Onkel war bereits vor zwanzig Jahren gestorben und die Behörden hatten durch alle möglichen Ausschreibungen vergeblich nach den Erben gesucht. Die Ankündigung in der Londoner Zeitung sollte die letzte sein, die zwecks Auffindung der Erben erlassen wurde, und ein seltsamer Zufall wollte es, daß gerade diese Nummer auf jener Bank im Park von Leicester in die Hände des armen Nachwächters fiel.

Von Nah und Fern.

Ende des Frankfurter Straßenbahnstreiks.

★ Frankfurt a. M., 20. Mai. Der Frankfurter Straßenbahnstreik, der Freitag mittag fast zur gleichen Stunde seinen Anfang nahm, als auf Veranlassung des Reichsarbeitsministers die Verhandlungen vor dem Schlichter für Hessen, Dr. Bernheim, in Darmstadt beginnen sollten, hat ein rasches Ende gefunden. Um 9 Uhr abends kam es nach fünfständigen Verhandlungen zu einer Einigung. Die Parteien übertrugen dem Schlichter das endgültige Entscheidungswort.

Eine ermordete Touristin.

★ Innsbruck, 21. Juni. Dem „Tiroler Anzeiger“ zufolge wurde unweit Seefeld die Leiche einer unbekannten Touristin im Walde aufgefunden. Sie war mit Reisig bedeckt und schon ganz verwest. Dokumente und Wertgegenstände fehlten. Offenbar liegt ein Raubmord vor. Man nimmt an, daß die Gestörte identisch ist mit Elisabeth Schmitt aus Hamburg, die seit Februar vermißt wird.

Ein verheerendes Unwetter.

★ Graz, 21. Juni. Ueber Krain ging über eine Sturzwelle von 30 Kilometer ein furchtbares Unwetter nieder. Bei Bischof-lad und Sottrach wurden weite Gebiete überschwemmt; eine neue elektrische Zentrale wurde zerstört. Alle Holzbrücken wurden weggerissen; mehrere Landeute und Arbeiter und viel Vieh sind ertrunken. Der angerichtete Schaden ist groß.

Zwei Dampfer gestrandet.

★ Paris, 21. Juni. Wie Haapas aus Cadix berichtet, ist vorgestern bei Tagesanbruch ein spanischer Dampfer bei Cap Vincent gestrandet. Der italienische Dampfer Valmarte sowie der englische Dampfer Langstonham, die ihm Hilfe bringen wollten, sind infolge des Nebels gleichfalls gestrandet. Es ist Hilfe unterwegs, um den englischen und den italienischen Dampfer wieder flott zu machen. Der spanische Dampfer wird als verloren angesehen.

Zugzusammenstoß.

★ Rom, 21. Juni. (Tel.) Auf den Luruszug Rom-Paris fuhr in Sampierdarena bei Genua ein Güterzug auf, dessen Führer das Haltsignal übersehen hatte. Der Materialschaden ist bedeutend. Personen wurden glücklicherweise nicht verletzt.

Verlängerung des theologischen Studiums in Oesterreich.

★ Wien, 21. Juni. (Tel.) Wie die Blätter melden, teilt das Dekanat der katholisch-theologischen Fakultät an der Wiener Universität mit, daß auf Beschluß des Professorenkollegiums in Uebereinstimmung mit dem Erzbischof von Wien, Dr. Bifl, ein 5. theologisches Studienjahr zugelegt werden soll in allen 4 Jahrgängen des nächsten Studienjahres durchgeführt wird.

Große Ueberschwemmungen in der Südee.

★ Amsterdam, 21. Juni. (Tel.) Wie aus Makassar (Celebes) gemeldet wird, haben in Paloppohgen nahe Makassar große Ueberschwemmungen stattgefunden; mehrere Gebirgsflüsse sind über die Ufer getreten. 5 Dörfer wurden fast gänzlich vom Wasser weggespült. Der Schaden an Gebäuden und Vieh ist sehr groß und nach den bisherigen Messungen sind 13 Personen ertrunken.

Die letzten Meldungen.

Die Ministerpräsidenten der Länder Samstag in Berlin.

★ Berlin, 21. Juni. (Drachb. unseres Berliner Vertreters.) Die Zusammenkunft der Ministerpräsidenten in Berlin zur Besprechung der außenpolitischen Lage mit der Reichsregierung, die bereits früher angelegt war, aber verschoben werden mußte, ist jetzt auf den kommenden Samstag einberufen worden.

Die Regelung der Kriegsschulden.

★ London, 21. Juni. (Tel.) Wie Reuter aus Washington meldet, hat die amerikanische Regierung auf amtlichem Wege weitere Anzeichen dafür erhalten, daß Frankreich und die Tschechoslowakei formelle Schritte vorbereiten, um mit den Vereinigten Staaten Vereinbarungen über die Kriegsschulden zu treffen. Die Benachrichtigung sei jedoch zu unbestimmt, um irgendeine formelle Verlautbarung zu gestatten.

Die Lage in China.

★ Peking, 21. Juni. (Tel.) Die Delegierten von 48 Hochschulen sandten eine Abordnung zum Außenminister und zum Kriegsminister, die die Forderung erhob, daß die diplomatischen Beziehungen zu Großbritannien abgebrochen werden sollten.

dsene

Verberlegung di
uten legen werd
tion völlig gesun
tägigen Kampf is
urch dauernde Re
a abgeschnitten
die Rebe! und
sie ihn zu Orien
n. Erstaunlich ist
ch verhängnisvoll
den Vorstoß zu
Freunde halten es
diesem Augenblick
hoffen wäre. De
Oso erwartet, wo
nd.
gramm Dr.
Giswünsche zu
mit Luftfahrzeug
predung in New
weiteren Un-

Mac Millan.
Bei dem Ab
ac Millan er
Ma in Be
konne auf allen
es hieße der
des Staates an-

Vorgang seinem
verfolgte. Bald
ne Nachwächter
Befürworter war,
nief war bereits
den hatten durch
den Erben ge
leistung sollte die
erlassen wurde,
de diese Nummer
Hände des armen

rn.

Strassen-
Stunde seinen
sarbeitministers
n. Dr. Bernheim.
Ende gefunden.
Verhandlungen zu
m Schlichter das

„Inzeiger“ zufolge
ten Touristen im
und schon ganz
Offenbar liegt
die Getreide eben
am Burg, die

über eine Strecke
der. Bei Bifchof
emmt; eine neue
überbrücken wurden
und viel Vieh
ist groß.

berichtet, ist
amper bei Cap
Balmate sowie
Hilfe bringen
trachtet. Es ist
en italienischen
Dampfer wird

ng Rom-Paris
ang auf, dessen
aterialschaden ist
schon verheert.
Oesterreich.

er melden, teilt
n Fakultät
chluss des Pro-
Erzbischof von
ienjahr zu-

des.
Matassar (Cele-
nabe Matassar;
mehrere
Dörfer wurden
haben an Ge-
sitzigen Mel-

en.

in Berlin.
er Vertreters.)
er Berlin zur
nit der Reichs-
ber verfahren
tag einberufen

Washington
ntlichem Wege
reich und die
um mit den
Kriegsschulden
unbestimmt, um

ierten von
Außenminister
schob, daß die
rkannten

Das „Meineidsverfahren“ gegen Höfle und anderes.

Kun ist auch die Aufklärung dafür gegeben worden, wie von der Staatsanwaltschaft das merkwürdige Meineidsverfahren gegen Höfle in Gang kam. Die Dinge verhielten sich nach den Vermutungen, die in der Samstagsführung festgefunden haben, folgendermaßen: Der Staatsanwaltschaftsrat Pelzer hatte in einer Gesellschaft, in der auch über den Fall Höfle gesprochen wurde, gehört, daß ein anderer, ihm bis dahin unbekannter Herr — es handelte sich um den Verleger Subau — geäußert habe, auch er kenne Höfle, Höfle sei bei ihm beteiligt. Pelzer fragte nun den Herrn Subau, der aber seinerseits die Aussage Pelzers gar nicht kannte, wie hoch er das Unternehmen schätze. Subau gab 10 000 Mark, jedoch als ideellen Wert an. Das aber genügt der Staatsanwaltschaft, um daraus sofort eine effektive Beteiligung Höfles von 2000 Goldmark zu machen, und ihm dafür, weil er diese Angabe im Offenbarungseid, bei dem er sich bekanntlich später Ergänzungen und Richtigstellungen vorbehalten hatte, nicht gemacht habe, ein Verfahren wegen Meineids anzubringen.

Auf die Frage, ob er sich denn nicht überhaupt Rechenschaft darüber gegeben habe, daß ein ideeller Wert ganz anders einzuschätzen ist als ein effektiver, mußte Staatsanwaltschaftsrat Pelzer nichts zu sagen. Auf eine weitere Frage, ob er sich denn nicht über die Grundlagen des Wertes hätte unterrichten können, erwiderte er schließlich: Das konnte ich, ich wollte aber nicht!

Der Staatsanwaltschaftsrat wurde dann auch weiter vernommen wegen des Arrestes, den er wegen der vorausgesetzlichen Gerichtskosten gegen Höfle erlassen hat und der mit dazu beitrug, Höfle seelisch zugrunde zu richten. In diesen Kosten waren aufgeführt vorausgesetzliche Sachverständigen-Gehühren mit 30 000 Mark (!), Reisekosten mit nicht weniger als 5000 Mark, desgleichen Telegramme mit demselben Betrag und Zusagegebühren mit vorausgesetzt 20 000 Mark. Darüber befragt, woher er die Grundlage für solchen Berechnungen habe, erklärte der Zeuge, daß man nach Schätzungen verfahren sei. Sogar das Gericht hatte Bedenken, den Arrest zu erlassen und ist erst auf weitere Mitteilungen der Staatsanwaltschaft, die auf den Erfolg des Arrestes drang, zur Zustimmung gekommen. Daneben war bekanntlich auch noch von dem Postfiskus ein Arrest gegen das Vermögen Höfles erlassen worden, auf dem 2½ Tausend Mark Kosten ruhten, die Frau Höfle sofort bezahlen mußte, die nun aber jetzt, wie sich aus den Verhandlungen ergibt, auf Veranlassung des Justizfiskus wieder zurückgezahlt wurden.

Selbst der Vorsitzende, der deutsche nationale Abgeordnete Seelmann gab seinem Erstaunen über eine derartige Behandlungswiese Ausdruck. Er meinte, wenn man derart verfähre, dann könne ja bei einer vorausgesetzlichen Todesstrafe ein Arrest wegen der Gebühren für die Vollziehung der Hinrichtung erlassen werden!

Der Vorsitzende fragte, wie denn solche Arrestverläufe praktisch gehandhabt werden. Der Zeuge erklärte, daß in diesem Falle gegen sämtliche Angeklagten ein solcher Arrest erlassen worden wäre. Befragt, ob auch in anderen Fällen so verfahren würde, konnte der Zeuge keinen solchen Fall nennen. Auch daraus ergibt sich, daß man in dieser Frage mit ganz besonderer Schärfe und Schroffheit vorgegangen ist. Vom Vorsitzenden befragt, ob denn Verfügungen über solche Maßnahmen beständen, wußte der Zeuge nichts zu sagen und lehnte schließlich die Verantwortung aller weiteren Fragen ab! Bekanntlich hat in dem Arrest nun auch noch gestanden, daß vorausgesetzt mit einer fünfjährigen Freiheitsstrafe für Höfle zu rechnen sei. Der Zeuge wußte bei seiner jetzigen Vernehmung wiederum nicht, worauf diese Annahme zurückzuführen ist. Er will erst nachträglich davon gehört haben. Nun wurde ihm aber vorgehalten, daß in dem von ihm selber unterzeichneten Arrest an zweiter Stelle diese Bemerkung von den fünf Jahren enthalten ist. Der Zeuge erklärte nur: Ich erinnere mich nicht, das damals gesehen zu haben!

Diese ganze Vernehmung machte wiederum einen außerordentlich peinlichen Eindruck von der Art und Weise, wie die Staatsanwaltschaft in diesem Falle vorgegangen ist.

Im übrigen ist die Entscheidung in diesem Verfahren bereits gefallen. Nicht allein dadurch, daß die Selbstmordtheorie der Gerichtspräsidenten nicht mehr aufrecht erhalten werden kann, sondern vor allem durch die Vernehmung der neuerlichen Vertreter des Justiz- und Wohlfahrtsministeriums, die zugeben mußten, daß der Gefängnisarzt Dr. Thiele pflichtwidrig gehandelt hat. Auf die Frage Dr. Westers (Zentrum) an den Vertreter des Justizministeriums, seit wann dem Ministerium bekannt wäre, daß Dr. Thiele nicht sachgemäß urteilte, erfolgte die Antwort: Seit dem Juli vorigen Jahres. Auf die weitere entscheidende Frage an den Vertreter des Justizministeriums, ob das Ministerium die Überzeugung habe, daß Dr. Thiele auch im Falle Höfle oberflächlich und pflichtwidrig gehandelt habe, erklärte der Justizminister: Ja.

Damit ist die Entscheidung auch für die Erschansprüche, die zweifellos als Folge dieser Unterzückung sich ergeben werden, gefallen.

Nach dem bisherigen Verlauf der Unterzückung des Landtagsausschusses darf man das eine als feststehend bezeichnen, daß Dr. Höfle zu Tode gekehrt worden ist.

Aus Westdeutschland.

× Münster, 21. Juni. (Postautoverbindung Münster — Dortmund.) Das zwischen den Bahnhöfen Wanne — Reddinghausen — Münster, Münster — Hamm und Hamm — Dortmund liegende Verkehrsgebiet mit seinen rund 30 000 Anwohnern durch eine direkte Verbindung Münster — Dortmund zu erschließen, ist ein alter Gedanke, der seine erste greifbare Form in dem Eisenbahnprojekt Münster — Lünen — Dortmund fand. Aber dieser Plan wurde nicht Tat. Und so ist es dankbar zu begrüßen, daß die Reichspost sich dieser Angelegenheit annahm, nunmehr eine Verbindung durch Postautos einrichtete, die in 8-10 Tagen zur Tat werden wird. Am Samstag hatten die beteiligten Oberpostdirektionen Vertreter der Behörden und der Presse zu einer Probefahrt auf der neuen Linie eingeladen. Diese Fahrt ging von Dortmund über Lünen, Südbrunn, Nordbrunn, Ottmarsbocholt, Amelsbüren, Siltrop nach Münster, die Linie, für die sich die Post entschieden hat. Die Fahrt in den mit bequemer Polsterung ausgestatteten, 32 Personen fassenden, schmalen Autos dauerte 2½ Stunden, wobei zu bedenken ist, daß nach der Einrichtung der Haltestellen die Fahrt etwas mehr Zeit in Anspruch nehmen wird. Geplant sind zunächst 3 Fahrten täglich und zwar zweimal die Strecke ganz durch, während die dritte in Nordbrunn gebrachen werden soll. Diese Initiative der Post ist begrüßenswert und wird der Reichsbahn wohl Ansporn sein, ihr Projekt auch zu fördern.

× Münster, 21. Juni. (Republikanische Rundgebung.) Zu einer machtvollen Rundgebung des republikanischen Gedankens gestakete sich die am Sonntag vollzogene Bannerweihe der hiesigen Ortsgruppe des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold. Eine Ehrenpromenade mit den Reichsfarben geschmückt begrüßte die Teilnehmer am Bahnhof. 42 Ortsgruppen mit rund 2500 Mann aus ganz Westfalen waren erschienen und nahmen zusammen mit den Münsteranern mittags Aufstellung auf dem Neuplatz. Staatspräsident Reus-Deffau hielt die Bannerweihe, die ausklang in den Worten: „Indem ich nun die Fülle von der Fahne

Dr. h. c. Adam Stegerwald.

Ehrenpromotionen der Universität Bonn aus Anlaß der Jahrtausendfeiern.

× Bonn, 21. Juni. Die Universität Bonn und die Landwirtschaftliche Hochschule Bonn-Poppelsdorf begingen gestern mit einem gemeinsamen Festakt die Jahrtausendfeiern der Rheinlande. Unter den vielen Ehrengästen befanden sich auch der preussische Kultusminister Dr. Beder und der Landwirtschaftsminister Dr. Steiger. Nach der Festrede des Historikers Geheimrat Alois Schulte, der die Ereignisse des Jahres 925 und die Geschichte des Rheinlandes in den verflochtenen 1000 Jahren ausführlich behandelte, verkündete der Rektor der Universität, Professor Heimbürger, daß die Universität Bonn zu akademischen Ehrendoktoren ernannt habe: den Präsidenten der Rheinischen Provinzialsynode Professor Dr. Wolff (Aachen), Fabrikanten Werner Schmidt (Köln), Amtsgerichtsrat Klostermann (Bonn), früheren Universitätsrichter Fabrikanten Dr. ing. Alfred Soenneken (Bonn) und Verlagsbuchhändler Dr. Kurt Schroeder (Bonn).

Dann gaben die Dekane der fünf Fakultäten die Ehrenpromotionen bekannt: Die evangelisch-theologische Fakultät ernannte zu Ehrendoktoren der Theologie: Professor Dr. Justus Hasenagel (Köln), Konfessionspräsident Freilinger von der Goltz (Bonn), Professor Heinrich Kiemüller (Elsfeld), Vorsitzender des Gustav-Adolf-Vereins, Professor Dr. Walter Bredt (Marburg), Reichstagsabgeordneter.

Die katholisch-theologische Fakultät: Professor Anton Baumstark (Bonn), Weihbischof Joseph Hammels (Köln), Schriftsteller Anton Heinen (Volksverein M. Gladbach), Pfarrer Joseph Köhner (St. Aposteln, Köln), Reichstagskämmerer a. D. Wilhelm Marx.

Die juristische Fakultät ernannte zu Ehrendoktoren der Rechte: den früheren Oberbürgermeister der Stadt Bonn, Wilhelm Spirius, den Vorsitzenden des Oberlandesgerichts

König, Professor der Staatswissenschaft Sambar, zum Ehrendoktor der Staatswissenschaften: Professor der Rechte Ludwig Spiegel (Bonn).

Die medizinische Fakultät promovierte zu Ehrendoktoren der Medizin: Hofrat Professor Richard Wettkamp (Wien), Professor Wilhelm Paschen (Berlin), Professor Fritz Zillmann (Bonn), diesen wegen seiner Verdienste um die Wohlfahrtsrichtungen der Bonner Studentenschaft, zum Ehrendoktor der Zahnheilkunde: Professor Gottlieb (Bonn).

Den Titel eines Ehrendoktors der Staatswissenschaft verlieh die philosophische Fakultät: Landeshauptmann Horion (Düsseldorf), Ministerialdirektor im Kultusministerium Max Küh und dem Kurator der Bonner Universität Geheimrat Kortenber; den eines Ehrendoktors der Philosophie: Professor Joseph Reite de Basconcellos (Lissabon), Fregattenkapitän Otto Gross vom Marinearchiv (Berlin), Erzbischof von Upsala Anton Söderblom, Jesuitenpater Professor Braun, Professor der Staatswissenschaft Tönnies (Kiel), Maler te Peerdt (Düsseldorf), Professor August von Othegraven (Köln), Generaldirektor Dr. Paul Müller (Köln), Generaldirektor Dr. Paul Silberberg (Köln), ferner drei Arbeiterführer den Ehrendoktor der Staatswissenschaften: Wilhelm Koch (Elsfeld), zweiter Vorsitzender des evangelischen Arbeitervereins, Heinrich Meyer (Düsseldorf), Vorsitzender des rheinisch-westfälischen Bezirksverbandes der freien Gewerkschaften und Adam Stegerwald, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Darauf verkündete der Rektor der Landwirtschaftlichen Hochschule, daß die Hochschule zum ersten Male von ihrem Recht, Ehrendoktoren zu ernennen, Gebrauch gemacht habe. Sie habe zu Ehrendoktoren der Landwirtschaft ernannt: den Oberpräsidenten der Rheinprovinz (König), den Präsidenten des landwirtschaftlichen Vereins für Rheinpreußen, Rittergutsbesitzer Karl Bellenich (Burg Gladbach), den Tierzucht-direktor Jakob Peters.

„Siehe, wünsche ich, daß sie Zeuge sei eines unaufhaltsamen Fortschrittes des deutschen Volkes zu Einheit, Freiheit und Recht.“ — Damit fiel die Fülle von dem statischen Banner; sie senkte sich im Andenken an die Gefallenen des Weltkrieges. Die Kapelle spielte: „Ich hatt' einen Kameraden.“ Nach dem Absingen einer Strophe des Deutschlandliedes setzte sich der Zug mit seinen rund 4000 Teilnehmern durch die Stadt in Bewegung. Auf dem Schützenhof, wohin sich die Teilnehmer begaben, sprach zunächst vom Bundesvorstand Dr. Böhm-Magdeburg, die Landtagsabgeordneten Schmidt-Siegen und Meyer-Rheine und Dr. Reimer-Reddinghausen. Der weitere Abend sah die Teilnehmer zu frühlichem Treiben im Schützenhof beisammen. — Die militärische Ortsgruppe umfaßt fast 700 Mitglieder. Der Gau Westlich-Westfalen umfaßt nahezu 250 Ortsgruppen mit mehr als einem kriegstarken Armeekorps. Das Münsterland stellt dazu etwa 7000 Mann. Die Gründung des Gaues erfolgte im April-Mai 1924.

× Haltern, 21. Juni. (Eröffnung der Freilichtspiele.) Die ungeheuren Vorbereitungen für die von Dr. Konrad Krug geleitete Ingenieurgruppe von Goethes „Götter der Völkerrückkehr“ fand heute hier vor ausserordentlichen Gästen, namentlich außerordentlich zahlreichen Vertretern der Presse Rheinlands und Westfalens, und einer stattlichen Zahl anderer Besucher auf der großen, neu angelegten Freilichtbühne in der hohen Markt statt. Von den sonstigen Gästen seien erwähnt die Präsidenten des Provinzialschulkollegiums, der Reichsbahndirektion und der Oberpostdirektion, sowie der Rektor der Universität. Ohne schon jetzt auf die Ausführung selbst einzugehen, möchten wir erwähnen, daß die ganze Anlage des Spielplatzes die bei weitem größte ist, die es im Münsterlande und den benachbarten Gebieten gibt. Und ihr entspricht durchaus das, was hier geboten wird. Es ist eine Aufführung von einer Großartigkeit der Anlage und einer Sorgfalt der Herausarbeitung der großen Maschinen, wie sie auf den heimatischen Freilichtbühnen bisher auch nur annähernd wirkungsvoll zu bieten nicht möglich war. Haltern hat mit seinem „Götter“ in diesem Jahre den Vogel abgeschossen, und der geistige Schöpfer des Ganzen, Dr. Krug, eine Riesensarbeit geleistet, die ebenso bewundernswert ist, wie der ungeheure Fleiß der etwa 600 Spieler. Leider mußte die Aufführung wegen strömenden Regens vor dem dritten Aufzuge abgebrochen werden. Wir werden auf die Aufführung selbst noch des näheren zurückkommen.

× Bochum, 21. Juni. (Von einem Motorradfahrer angefahren) wurde in der Nacht zum Sonntag auf der Werther Chaussee ein Passant. Er erlitt einen Oberschenkelbruch und Kopfverletzungen, der Motorradfahrer wahrscheinlich nur Kopfverletzungen, doch ist es nicht ausgeschlossen, daß er sich auch innere Verletzungen zugezogen hat. Beide wurden von Mitgliedern der Sanitätskolonne verbunden und zum Krankenhaus gebracht.

× Dortmund, 21. Juni. (Die für Herbst ds. Js. geplante Stadionerweiterung verfallen.) Der hiesige Rasenplatzverband hat sich an die Stadtverwaltung mit der Bitte gewandt, die Stadionerweiterung nicht im Herbst stattfinden zu lassen, weil die Arbeiten nach seiner Auffassung noch zu sehr im Rückstand sind. Der Verband ist der Ansicht, daß eine würdige Einweihung des Stadions erst dann vorgenommen werden kann, wenn die gewaltige Sportanlage in allen Teilen fertig ist. Da auch die Bauverwaltung des Stadions sich für Sinauschiebung des Zeitpunktes der Einweihung ausgesprochen hat, wird allen beteiligten Vereinen und Verbänden mitgeteilt, daß die Stadtverwaltung sich genötigt sieht, die Eröffnung des Stadions sowie die damit verbundene Sport- und Werbewoche bis zum Frühjahr 1926 zu verschieben.

× Bochum, 21. Juni. (Das endgültige Ergebnis der Arbeitsstammwahlen.) Nunmehr liegen von sämtlichen Schachanlagen des Ruhrreviers die Ergebnisse der Arbeitsstammwahlen für den Ruhrbezirk und den linken Niederrhein vor. Danach haben Stimmen erhalten auf Arbeiterseite: Alter Bergarbeiterverband 91 380 Stimmen (9 Sige), Gewerkschaft christlicher Bergarbeiter 57 453 Stimmen (6 Sige), Union 51 022 Stimmen (5 Sige), Polen 5139 (keinen Sige), Hirsch-Dunder 6549 Stimmen (gleichfalls keinen Sige). Gegenüber der Arbeitsstammwahlen 1921 hat der Alte Bergarbeiterverband 10 504 Stimmen verloren, der Gewerkschaft christlicher Bergarbeiter 7071 Stimmen gewonnen. Die Union hat ebenfalls 11 000 Stimmen gewonnen und der Hirsch-Dunder-Gewerkschaft hat gleichfalls 1028 Stimmen dazu erhalten. Die Polen verloren ein Drittel ihrer gesamten Stimmenzahl von 1921. Das Endergebnis auf der Arbeitgeberseite bei der Arbeitsstammwahl ist folgendes: Afa 7313 Stimmen (4 Sige), Verband oberer Bergbaubeamten 3327 Stimmen (2 Sige), G. D. A. 1925 Stimmen (einen Sige), Kaufmännischer Grubenbeamtenverband 5579 Stimmen (3 Sige), Deutscher Techniker- und Werkmeisterverband 1465 Stimmen (einen Sige), Reichsverband deutscher Bergbauangestellten 1581 Stimmen (einen Sige). Die Afa hat 3 Sige und etwa 4000 Stimmen verloren gegenüber der Wahl von 1921, alle übrigen Verbände haben ihre Stimmenzahl wesentlich erhöhen können.

× Bochum, 21. Juni. (Die Bochumer Handwerker-Kunstausstellung.) Mit einem feierlichen Eröffnungsakt wurde gestern die große Handwerker-Kunstausstellung der Öffentlichkeit übergeben. Oberbürgermeister Dr. Ruer hob die Bedeutung der Handwerks in der neuesten deutschen Wirtschaftsentwicklung hervor. Im Namen der Handwerkskammer Dortmund übertrug Syndikus Dr. Sadmann die Grüße. Bei

einem ersten Rundgang durch die Ausstellung zeigte sich, daß wirklich nur vollendete Handwerkskunst ausgestellt worden ist. Auch die Fachschulen haben sehr gute Arbeiten ausgestellt. Der Fürsorgeverein für Blinde zeigt die Blinde bei ihrer Heimarbeit. Während der Ausstellungszeit werden alle bedeutenden Handwerkerverbände in Bochum ihre Tagungen abhalten.

× Elberfeld, 21. Juni. (Eine folgenschwere Autounfall.) Ein schweres Automobilunfall hat sich nachts hier in der Königstraße ereignet. Das Automobil war mit vier Personen besetzt, die an einer Geburtstagsfeier teilgenommen hatten. In der Königstraße, in der gegenwärtig Aufbesserungsarbeiten vorgenommen werden, rammte es gegen einen Sperreisen. Der Wagen schlug dann an den Rinnstein. Infolge des Anpralls wurden der Kaufmann Otto Klein und der Metzgermeister Baus aus Bochwinkel herausgeschleudert. Klein war sofort tot. Baus hatte einen Schädelbruch davongetragen und wird kaum mit dem Leben davonkommen. Der Viehhändler Kämpfer, der den Wagen gesteuert hatte, war weitergefahren, ohne sich um die Verunglückten zu kümmern. Als er in der Nacht verhaftet wurde, ergab sich, daß er vollständig betrunken war.

× Duisburg, 21. Juni. (Verzierung in die Wasserkränze.) Der Reichsverkehrsminister hat den Ersten Syndikus der Niederrheinischen Industrie- und Handelskammer Duisburg-Wesel zu Duisburg-Ruhrort, Oberbürgermeister Dr. Hoff, M. v. A., für die bis Ende Dezember 1929 währende Sitzungsperiode zum Mitglied des Rheinwasserstraßenbeirates, den Direktor Friedr. Klänge der Firma Friedr. Krupp A.-G. Friedrich-Wald-Hütte in Rheinhausen zum stellvertretenden Mitglied dieses Beirates, den Holzindustriellen August Böhm für die gleiche Periode zum Mitglied des Weser-Ems-Wasserstraßenbeirates und den zweiten Syndikus der genannten Kammer, Dr. Gensh, bis ebendahin zum stellvertretenden Mitglied dieses Beirates berufen.

× Düsseldorf, 21. Juni. (Brand in einem Motorboot.) Gestern vormittag wurde kurz vor 10 Uhr die Feuerwehr von mehreren Seiten nach dem Hafen alarmiert. Die kurz nach einander eintreffenden Löschzüge fanden das Motorboot „Apollo“, das an der Kaiserstraße lag, in hellen Flammen vor. Von der Schiffsladung brannten im Mittelstück Stühle, während etwa 1200 Kilogramm Filmabfälle, die das Bootfeuer annehmend durch Selbstentzündung verursacht haben, bereits verbrannt waren. Leider waren bei der Ankunft der Feuerwehr infolge von Stichtammen zwei Stauer, die im Schiffsraum gearbeitet haben, verbrannt und tot. Der Kapitän des Schiffes hat sein Leben nur durch Ueberbordspringen retten können. Das Feuer wurde mit Hilfe von vier Schlauchleitungen niedergelämpft.

× Kanten, 21. Juni. (Tödlicher Unfall eines Motorradfahrers.) Ein Motorradfahrer wurde von dem holländischen Zuge erfasst und in weitem Bogen fortgeschleudert. Neben inneren Verletzungen erlitt er einen Schädelbruch. Am Laufe des Tages verstarb er im Krankenhaus.

Volkswirtschaft und Handel.

Die Kohlenförderung des Ruhrbergbaues im Mai 1925.

Im Monat Mai 1925 wurden auf den Becken des Ruhrgebietes an 25 Arbeitstagen 8 403 531 Tonnen Kohle gefördert gegen 8 300 432 Tonnen an 24 Arbeitstagen im April 1925 oder 9 261 448 Tonnen im Mai 1913. (Ein Vergleich mit Mai 1924 ist infolge des Streiks nicht möglich.) Die arbeitsmäßige Förderung stellt sich in den entsprechenden Zeiträumen auf 338 141 Tonnen gegen 345 861 Tonnen bzw. 361 916 Tonnen. In der geringen arbeitsmäßigen Förderung des Monats Mai 1925 kommt die seit Januar 1925 infolge Abklangs erfolgte Belegschaftsverminderung, die im Mai 1924 auf 22 800 Mann betrug, bereits zum Ausdruck. Trotz dieser erheblichen Abnahme des Belegschaftsstandes hat die Zahl der Förderer sich merklich abgenommen, betrug sie doch im Mai 1925 gegenüber 333 714 im Bormonat. Die Belegschaftsziffer betrug im Berichtsmonat 448 806 gegen 460 185 im April d. J.

Die Kohlenförderung des Ruhrgebietes stellte sich im Mai 1925 auf 2 006 380 Tonnen gegen 1 987 068 Tonnen im April 1925 oder 2 089 123 im Monat Mai 1913. Die tägliche Kohlenförderung betrug im Mai 1925: 64 722 gegen 66 238 Tonnen im April 1925 oder 67 891 Tonnen im Mai 1913.

Die Bricketherstellung stellte sich im Mai 1925 auf 290 210 Tonnen gegen 278 250 Tonnen im April 1925 und 401 467 Tonnen im Mai 1913. Die arbeitsmäßige Bricketherstellung betrug in den entsprechenden Zeiträumen 10 408 Tonnen bzw. 11 610 Tonnen bzw. 16 667 Tonnen.

• Weiterer Zusammenschluß in der Wintershall-Gruppe. Die a. o. Gewerkschaften der Kaligewerkschaft Gebra in Obergreba (Sainlette) genehmigte den Anschluß eines Interessengemeinschaftsvertrages mit der Kalindustrie A.-G. in Kassel bis zum 31. Dezember 1925 mit der Maßgabe, daß die Ausbeute der Ruzge der Gewerkschaft Gebra auf die Dividende der Kalindustrie A.-G. derart eingeteilt wird, daß auf je eine Gebra-Ruze das Ertragnis von 4 Kalindustrie-Aktien entfällt. Die Gewerkschaft Gebra besteht aus sämtlichen Ruzge der Kaligewerkschaft Kohra in Obergreba. Beide Gewerkschaften,

den Sie begriffen bezug. gräßt den g der We Durchau Arbeiter Teil der derjenige fischen öffentlich den Auf dahin g paste g wärde i allen verzid gen den fischen bezw. da gierung fischen des Gfste tenne fa weiche In Unter beresung Rolle spi Regierung nicht über Drucke de wird vor züglichste etwaige S ob der S ob auch gegen ein eine Rolle Grenzen d halten tar Unterbau wörber zwisch d blattlich e land wird sein, wie vor allem ment und einstellen.

Der f französische Dr. Streje gelten, da rung die i nommen h geplanten geben. Um zu zeigen, zuffische Reg politische G bürfte.

Die W das eine i fache, ktinge Schlus giesh Regezu R uhr ge b Duffeldorf d diesem B Schome gewiß in I dessen nicht der S ich die Deuflsch Garantilepafefährlich a Königsden tabündigung kommt, Deu an, dann